Es gilt das gesprochene Wort:

Haushaltsrede 2010

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte,
sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Schwäbisch Hall,

die letzte Haushaltsrede hielt ich fast genau vor einem Jahr am 21. Oktober 2008. Das war nur vier Wochen nach der Pleite der US-Bank Lehman Brothers – der Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir ahnten damals alle, dass schwierige Zeiten auf uns zukommen werden. Das Finanzchaos, das dann ausbrach, haben wir uns allerdings nicht konkret vorstellen können. Die Folgen der Wirtschaftskrise spüren wir nun das erste Mal im Kreishaushalt 2010. Den Steuereinbruch des Jahres 2009 werden wir mit voller Wucht aber erst im Jahr 2011 zu spüren bekommen.

Woody Allen, der weltbekannte Komiker und Filmregisseur, formulierte einmal treffend: „Ich denke viel an die Zukunft, weil das der Ort ist, an dem ich den Rest meines Lebens verbringen werde“. Zukunftsorientierte Entscheidungen müssen die Basis in unserem politischen Denken, Bestreben und Handeln sein, nicht nur für unsere eigene Zukunft, sondern vor allem für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wie Sie alle wissen, stehen wir vor enormen ökonomischen, demografischen und ökologischen Herausforderungen. Dabei sind individuelle Eigeninteressen ebenso berechtigt wie das wirtschaftliche Gesamtinteresse. Beide müssen in eine Ba-

lance kommen, von der möglichst viele profitieren. Unsere Sozialsicherungssysteme müssen weiterhin in der Lage sein, Solidarität zu stabilisieren. Und vor allem dürfen die Kosten der Krise nicht vorrangig den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden. Auch zinsgünstige Kredite müssen von unseren Kindern und Enkelkindern in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bezahlt werden. Und weil wir heute nicht wissen, unter welchen Rahmenbedingungen das erfolgen wird, ist es auf jeden Fall richtig, die Spielräume künftiger kommunaler Entscheidungsträger so groß wie möglich zu erhalten.

Meine Damen und Herren,
heute sind viele Fragezeichen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2010 vorhanden. Fragezeichen, die es unmöglich machen, eine genaue Einschätzung zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu wagen. Insbesondere die mittelfristige Finanzplanung über das kommende Jahr hinaus steht auf wackeligen Füßen. In solchen Zeiten ist es eine besonders anspruchsvolle Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen. Ein Patentrezept gibt es sicher nicht. Denkmodelle reichen von einem radikalen Sparkurs bis hin zu konsequent antizyklischem Verhalten. Was ist der richtige Weg? Haushaltssperre und Investitionen stoppen? Wenn die öffentliche Hand so reagiert hätte, wäre die Wirtschaft viel stärker eingebrochen und viele Menschen, auch bei uns im Landkreis, wären arbeitslos geworden. Durch die mit den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung ausgelösten öffentlichen Investitionen wurde der Arbeitsmarkt gestützt. Die Kommunen, auch der Landkreis, konnten erst für später geplante Investitionen zeitlich vorziehen. So sind wir mit dem vom Kreistag erst im letzten Jahr verabschiedeten Ener-

giespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm etwas schneller vorangekommen als ursprünglich geplant. Von den vorgesehenen energetischen Investitionen in Höhe von 12,78 Mio. Euro wurden im Haushalt 2009 und werden im Haushalt 2010 schon zur Hälfte finanziert sein. Wir dürfen auf diesem Weg jetzt nicht nachlassen, um für das Krisenjahr 2011 vorzusorgen. Diese Investitionen stützen weiter den Arbeitsmarkt und wir werden, abgesehen von den Kosteneinsparungen, auch in Krisenzeiten unserer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht. Das Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm ist bei uns gleichzeitig ein Bildungsprogramm, weil fast alle Investitionen in den Schulen und Sportstätten des Landkreises stattfinden. Daran möchte ich nicht rütteln und ich hoffe, meine Damen und Herren Kreisräte, Sie stimmen mir zu.

Im Vermögenshaushalt haben wir außerdem noch die Sanierung der Tiefgarage unter dem Landratsamt in Schwäbisch Hall eingeplant. Um diese Investition kommen wir nicht herum. Der Beton wurde durch über viele Jahre eindringendes Tauwasser chloridverseucht. Die tragenden Bauteile müssen deshalb saniert werden. Wie viel der Landkreis von den voraussichtlichen Kosten in Höhe von etwa 4,3 Mio. Euro tragen muss, wird vor Gericht entschieden. Wir konnten uns leider in mehreren Verhandlungen mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall nicht einigen. In den Haushaltsplanentwurf 2010 haben wir zunächst einmal 800.000 Euro eingestellt.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt ist, wie jedes Jahr, der Kreisstraßenbau. Unsere 659 Kilometer Kreisstraßen sind eine Dauerbaustelle. Wir dürfen auch in finanziell schlechteren Zeiten die Erhaltung unserer Kreisstraßen nicht schleifen lassen. Der Nachhol-

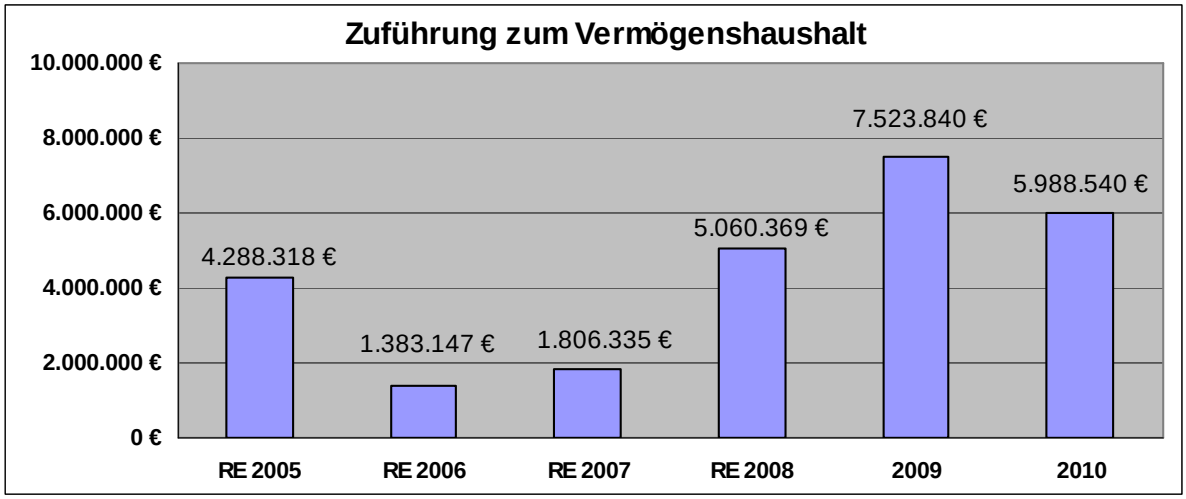
bedarf ist jetzt schon groß genug und die Wunschliste der Gemeinden nicht minder groß.

Kreisstraßenbauprogramm				
Haushaltsjahr	Ausgaben	Zuschüsse und FAG	Kreismittel	Veränderung zum Vorjahr
RE 2005	2.964.888 €	3.511.200 €	0	
RE 2006	3.778.933 €	4.003.957 €	0	321.288 €
RE 2007	9.539.099 €	7.198.202 €	2.340.897 €	2.565.921 €
RE 2008	11.667.674 €	8.316.298 €	3.351.376 €	1.010.479 €
2009	9.896.730 €	7.529.390 €	2.367.340 €	-309.000 € *
2010	9.885.000 €	7.439.510 €	2.445.490 €	78.150 €

* einschl. Sonderstraßenbauprogramm 2009

Für den Bau der K 2576 haben wir Mittel in den Haushalt 2010 eingestellt. Das ist aber das letzte Mal. 7,3 Mio. Euro, davon 2,8 Mio. Euro Kreismittel, sind die Schlussrate. Dieses Thema ist damit finanziell abgeschlossen und ab dem Haushalt 2011 wird es dann für einzelne Kreisräte keinen Grund mehr geben, allein wegen der Westumgehung den ganzen Kreishaushalt abzulehnen.

Meine Damen und Herren,
leider reichen die knapp 6 Mio. Euro Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt nicht aus, um alle geplanten Investitionen des Vermögenshaushalts zu finanzieren.



Der Landkreis muss sich das Kapital entweder über die Kreisumlage von den Gemeinden geben lassen oder Kredite aufnehmen.

Beim Haushalt 2009 haben wir den Haushaltsausgleich ohne Nettoneuverschuldung geschafft. Vorausgegangen war eine intensive Diskussion im Kreistag. Ich bin auch im Rückblick überzeugt davon, dass der Kreistag im letzten Jahr die richtige Entscheidung getroffen hat. Dafür bin ich auch heute noch dankbar. Die Konsolidierung der Kreisfinanzen war damals vorrangig und hat uns etwas Spielraum verschafft, um im Krisenjahr 2010 den Städten und Gemeinden finanziell beistehen zu können. Die Kommunen leiden in diesem und mindestens noch im nächsten Jahr unter den zum Teil drastischen Gewerbesteuerausfällen und dem gleichzeitig stattfindenden Rückgang des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer. Zudem reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft.

Jetzt hilft eine finanzielle Entlastung, um die kommunalen Haushalte ausgleichen zu können. Deshalb sollte der Landkreis, so wünschenswert das auch wäre, nicht für seine Krisenjahre 2011 und

2012 vorsorgen, sondern sollte jetzt den Gemeinden beistehen und sie entlasten. Wir haben deshalb den Kreishaushalt mit einem Kreisumlagehebesatz von 34,5 Prozent aufgestellt, 1,5 Prozentpunkte niedriger als im Haushalt 2009. Das Kreisumlageaufkommen sinkt damit um rund 1,2 Mio. Euro. Bei gleich bleibendem Hebesatz würden im Jahr 2010 wegen der gestiegenen Steuerkraft des Jahres 2008 knapp 1,6 Mio. Euro mehr Kreisumlage in die Kreiskasse fließen. Somit beträgt die Gesamtentlastung für die Kreisgemeinden rund 2,8 Mio. Euro. Dies ist ein Ausdruck der Solidarität des Kreises mit seinen Gemeinden.

Gegen eine an sich wünschenswerte, noch stärkere Absenkung der Kreisumlage spricht jedoch Folgendes:

Wir müssten entweder die Investitionen kürzen, was ich der Sache wegen – und auch aus konjunkturellen Gründen – nicht für richtig halte,

oder

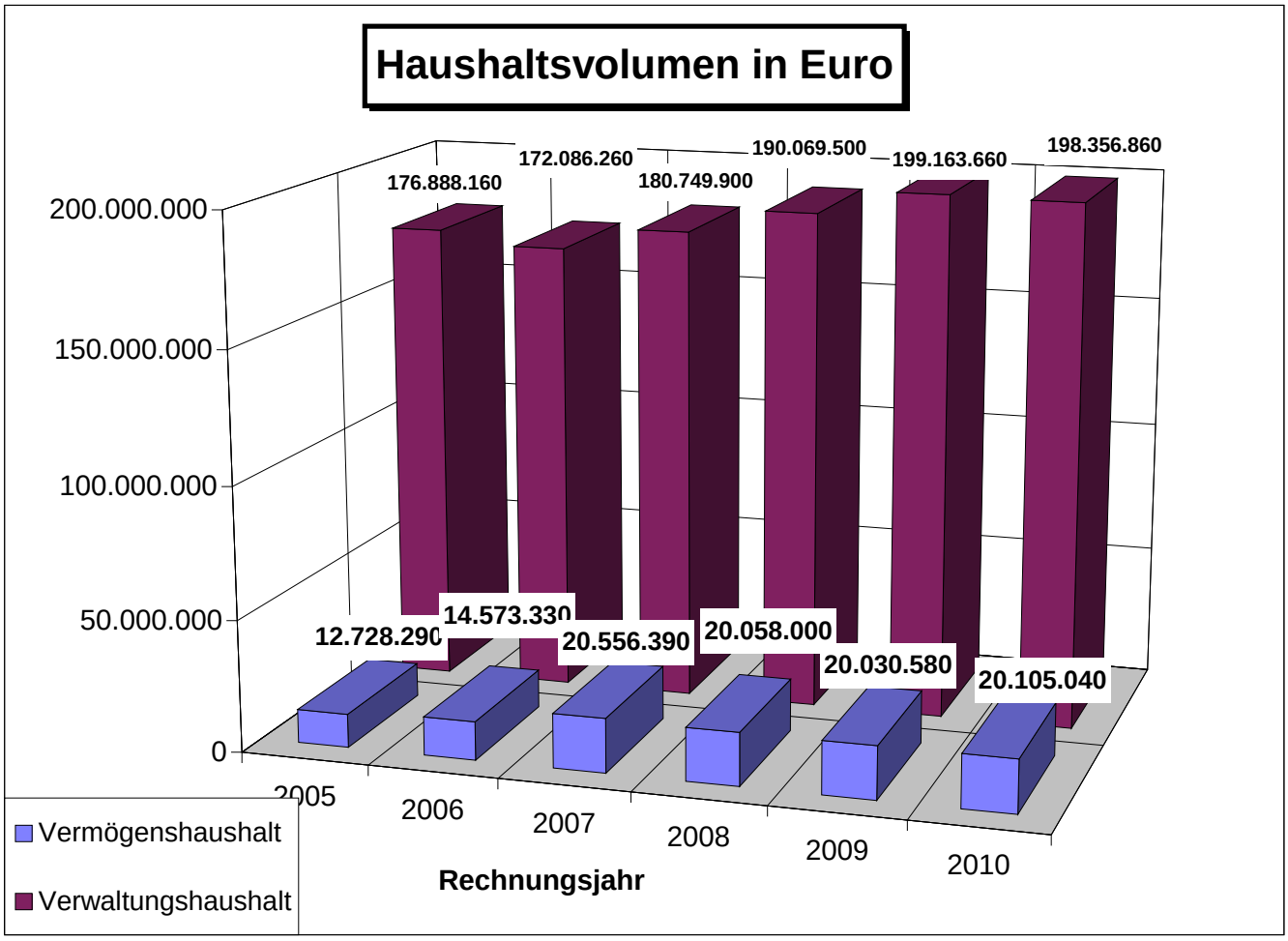
wir müssten noch höhere Schulden aufnehmen. Wir finanzieren die Senkung der Kreisumlage jetzt schon zu 60 Prozent mit neuen Schulden. Gegen mehr spreche ich mich eindeutig aus, weil wir vor dem, was auf uns zukommt, die Augen nicht verschließen dürfen.

Denn im Jahr 2011 werden unseren Landkreis die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht treffen. Und zwar selbst dann, wenn vorher die Konjunktur wieder angesprungen sein

sollte. Das würde zwar den Gemeinden helfen. Der Landkreis würde aber davon erst mit zweijähriger Verzögerung profitieren. Berechnungsgrundlage für die Kreisumlage im Jahr 2011 ist die gesunkene kommunale Steuerkraft des Krisenjahres 2009. Wir werden deshalb im Jahr 2011 voraussichtlich um eine deutliche Anhebung des Kreisumlage-Hebesatzes nicht herumkommen. In unserer Finanzplanung steht für den Haushaltsausgleich 2011 einen Hebesatz von 37,8 Prozent, also eine Anhebung um über 3 Prozentpunkte. Es kann aber noch schlimmer kommen als die von uns in der Finanzplanung unterstellten Steuerausfälle in Höhe von nur 10 Prozent und nur 1 Prozent Ausgabensteigerung im Verwaltungshaushalt. Wer da noch glaubt, dass Reserven im Kreishaushalt stecken, ist ein sehr großer Optimist. Sie kennen alle die Prognosen für den Arbeitsmarkt im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren,
ich möchte nicht schwarz malen. Sie, die Damen und Herren Kreisräte, müssen aber wissen, was auf die Städte und Gemeinden und auf den Landkreis zukommen wird. Wir dürfen uns deshalb jetzt nicht über die Maßen verschulden.

Nun zu den Eckpunkten des Kreishaushalts 2010:
Das <u>Haushaltsvolumen</u> beträgt rund 218 Mio. Euro, davon 198 Mio. Euro Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt und 20 Mio. Euro im Vermögenshaushalt. Im Verwaltungshaushalt wurden 800.000 Euro weniger veranschlagt als im Vorjahr. Schon daran sehen Sie, wie eng der Haushalt dieses Jahr gestrickt wurde.



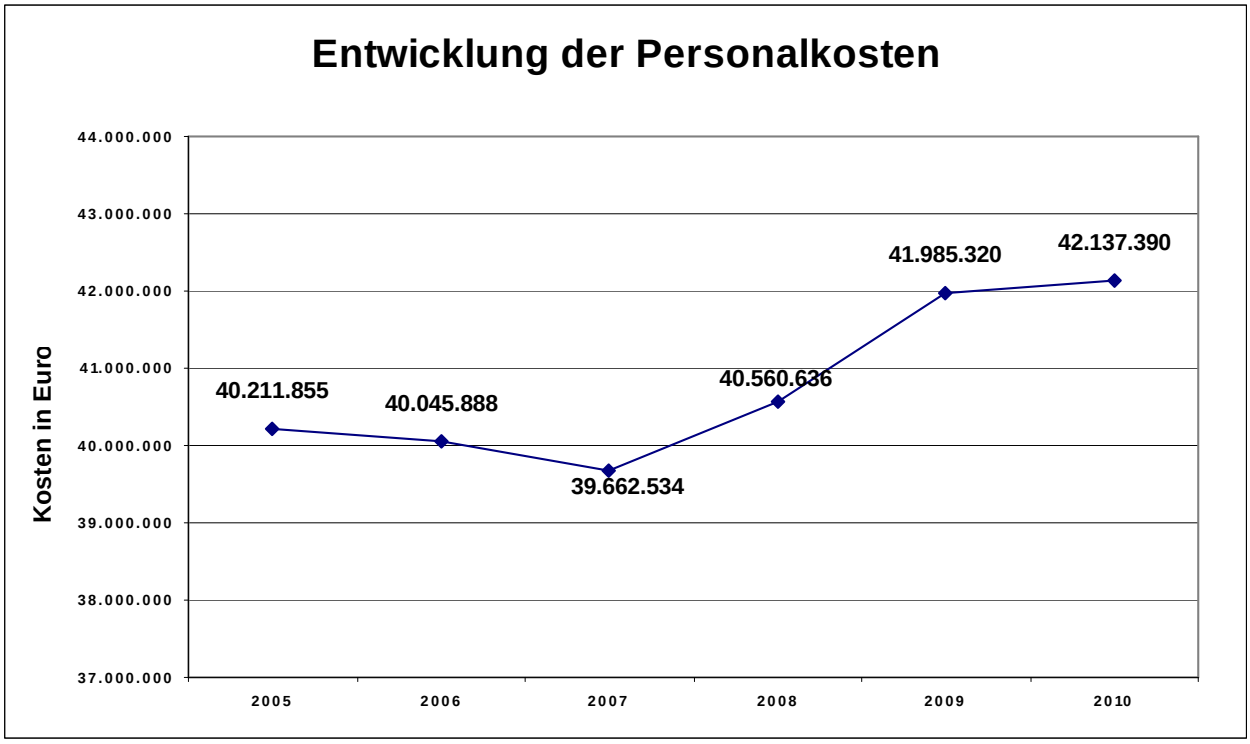
Die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt haben wir Ihnen als Tischvorlage zusammengestellt. Das Blatt ist mit „Eckwerte des Kreishaushalts 2010“ überschrieben.

Besonders aufmerksam mache ich auf die <u>Personalausgaben</u>. Diese steigen gegenüber 2009 nur um 152.070 Euro. Das ist gerade einmal eine Erhöhung von 0,36 Prozent. Dies ist möglich, weil in den Budgetgesprächen vereinbart wurde, dass die ab 1. März 2010 wirksam werdende Besoldungserhöhung von 1,2 Prozent für die Beamten nicht im Haushalt veranschlagt wird. Dasselbe gilt für die Tarifbeschäftigten. Der TVÖD läuft zum 31.12.2009 aus. Gerechnet werden muss mit mindestens 1,5 Prozent Tariferhöhung in 2010.

Die Budgetverantwortlichen, das sind die Amtsleiterinnen und Amtsleiter im Landratsamt, werden insgesamt 570.000 Euro Personalkosten einsparen oder ausgleichen müssen. Das kann beispielsweise durch die vorübergehende Abordnung von Personal oder durch die verzögerte Wiederbesetzung von Personalstellen geschehen.

Die Gesamtstellenzahl im Landratsamt addiert sich auf 925. Das sind 3 Stellen weniger als letztes Jahr. Auf den ersten Blick ist das nicht viel. Aber seit 2005 wurden saldiert insgesamt 54 Stellen im Landratsamt abgebaut, obwohl Stellen im sozialen Bereich geschaffen wurden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Stellenschaffungen in den letzten beiden Jahren für die Schuldnerberatung, für das Seniorenbüro, für den Allgemeinen Sozialen Dienst und für den Fachdienst Kinderschutz, für die Hilfeplanung sowie für die Aufarbeitung von Altakten im Sozial- und Jugendamt. Dies war insgesamt ein schwieriger Prozess, der nun an die Grenzen des Machbaren stößt.

Die Einsparung von Personalkosten findet bei der Ausbildung von jungen Menschen ein Ende. Hier wollen wir nicht streichen und ich bin sicher, Sie alle gehen da mit. Wir wollen im selben Umfang wie in den Vorjahren 20 Ausbildungsplätze wiederbesetzen.



Meine Damen und Herren Kreisräte,
wir nehmen alle Budgetverantwortlichen im Landratsamt mit in die Verantwortung. Es gibt harte Einsparvorgaben. Eine weitere Vorgabe in den Budgetgesprächen war die Reduzierung der <u>Sachkosten</u> um 10 Prozent. Die <u>Budgetierung</u> greift und die Amtsleiterinnen und Amtsleiter sind sich der Verantwortung für ihr Budget zunehmend bewusst.

Meine Damen und Herren,
Der Landkreis erhält für die Übernahme des Personals und die Aufgabenerledigung der nach der Verwaltungsreform eingegliederten Behörden einen Finanzausgleich vom Land. Der Abgeltungsbetrag wird stufenweise jährlich vermindert, so dass bis 2011 für das Land eine Einsparung um 20 Prozent erreicht wird. Diesen Abschlag kann der Landkreis nur durch Personal- und Sachkostenabbau ausgleichen.

Dass wir trotz allem diese geforderte Effizienzrendite bis Ende 2010 mit Minus 270.000 Euro oder Minus 0,37 Prozent ganz knapp verfehlen, liegt an den Vermessungsgebühren. Diese wurden im FAG – Abgeltungsbetrag viel zu hoch angesetzt. Im Landkreis Schwäbisch Hall fehlen deshalb bisher 2,8 Mio. Euro Einnahmen aus Vermessungsgebühren, die fiktiv im Finanzausgleich angerechnet wurden. Tatsächlich aber konnten diese Gebühren nicht eingenommen werden. Nicht genug – dazu kommt noch ein Risiko. Und hier will das Land uns heftig belasten. Es drohen weitere Mindereinnahmen bei den Vermessungsgebühren in Höhe von jährlich etwa einer halben Mio. Euro, wenn ein Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg verabschiedet wird. Dieser sieht nämlich vor, dass nur noch private Vermessungsbüros Vermessungsaufträge abwickeln dürfen. Gegen diese Pläne der Landesregierung müssen wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

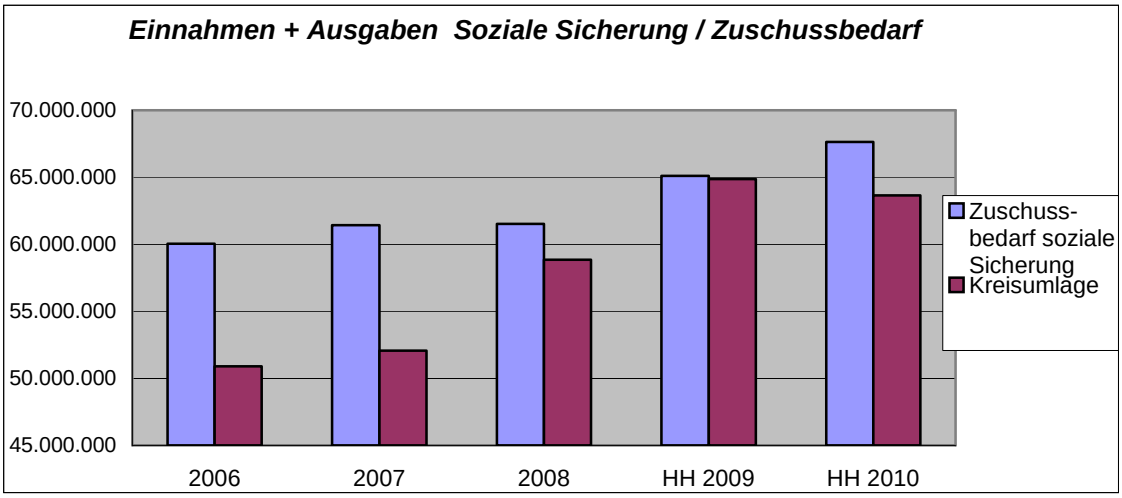
Ich bin froh, dass sich der Kreistag letztes Jahr zu einer Entscheidung über die Unterbringung der Landkreisverwaltung durchringen konnte. Die Zentralisierung an den Standorten Crailsheim, Ilshofen und Schwäbisch Hall, führt zu einer jährlichen Kostenentlastung in Höhe von rund 200.000 Euro. Diese Entlastung können wir dauerhaft erreichen, weil durch das räumliche Zusammenrücken im Landratsamt Mietobjekte aufgegeben und auslaufende Mietverträge zu wesentlich günstigeren Bedingungen langfristig verlängert werden konnten.

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

die soziale Daseinsvorsorge für Familien, Kinder und Jugendliche, aber auch behinderte und betagte Menschen und nicht zuletzt Menschen, die keine Arbeit haben und Hartz IV bekommen, ist der mit Abstand größte Bereich im Kreishaushalt. Zunehmend mehr Menschen benötigen differenzierte persönliche und finanzielle Hilfen in vielfältigen Lebenslagen.

Aus heutiger Sicht können wir davon ausgehen, dass wir im Sozialhaushalt im Jahr 2009 eine finanzielle Punktlandung hinlegen werden. Ich bin froh, dass wir keine millionenschweren Defizite haben werden, wie dies bei einigen anderen Landkreisen aus vielerlei Gründen der Fall ist. Wir profitieren bei der Entwicklung der Ausgaben für Hartz IV derzeit noch von einer breit aufgestellten Wirtschaft, die auch in Krisenzeiten die Arbeitnehmer hält. Die mit den sozialen Einrichtungen ausgehandelten moderaten Entgelterhöhungen tragen zu dem erfreulichen Ergebnis bei. Damit bin ich aber mit den guten Nachrichten auch schon am Ende.

Der Zuschuss für die Soziale Sicherung wird im nächsten Jahr über 67,6 Mio. Euro betragen und ist damit um 6,3 Prozent höher als die Einnahmen aus der Kreisumlage.



Der Anstieg beträgt über 2,5 Mio. Euro. Ob das reichen wird, habe ich vor der Aufstellung des Haushaltsplans mit dem Sozialdezernenten und dem Kreiskämmerer oft diskutiert. Sorge macht uns insbesondere die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV), bei der der Landkreis für Unterkunft und Heizung sowie für verschiedene einmalige Beihilfen aufkommt.

Wir haben für das Jahr 2010 einen Zuschuss für die Grundsicherung für Arbeitsuchende von 9,4 Mio. Euro angesetzt. Das ist gegenüber dem für dieses Jahr erwarteten Ergebnis eine Steigerung um 1,5 Mio. Euro, das entspricht etwa 19 Prozent. Allerdings basiert diese Steigerung nicht allein auf der Annahme höherer Fallzahlen. Ein Loch in die Kasse reißt vielmehr auch noch die Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Maßgeblich ist nach Ansicht des Bundes die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht die tatsächlichen Unterkunftskosten, die von den Stadt- und Landkreisen zu tragen sind. Diese Berechnungsgrundlage für die Kostenbeteiligung des Bundes an den Wohnkosten für Hartz IV ist deshalb völlig falsch. Dies muss von der neuen Bundesregierung dringend korrigiert werden.
Im Jahr 2010 geht daher die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für den Landkreis Schwäbisch Hall von 3,5 Mio. Euro auf 3,2 Mio. Euro zurück. Bei gleich bleibender Quote würden wir auf Grund der höheren Ausgaben rund 3,6 Mio. Euro bekommen.

Hellseherische Fähigkeiten braucht man für die Einschätzung, wie sich der lokale Arbeitsmarkt entwickeln wird. Wie hoch wird die Zahl der Arbeitslosen in unserem Landkreis im nächsten Jahr stei-

gen? Wieviele Entlassene benötigen sofort das Arbeitslosengeld II? Ich befürchte, dass auch bei uns die Arbeitslosigkeit zunehmen wird.

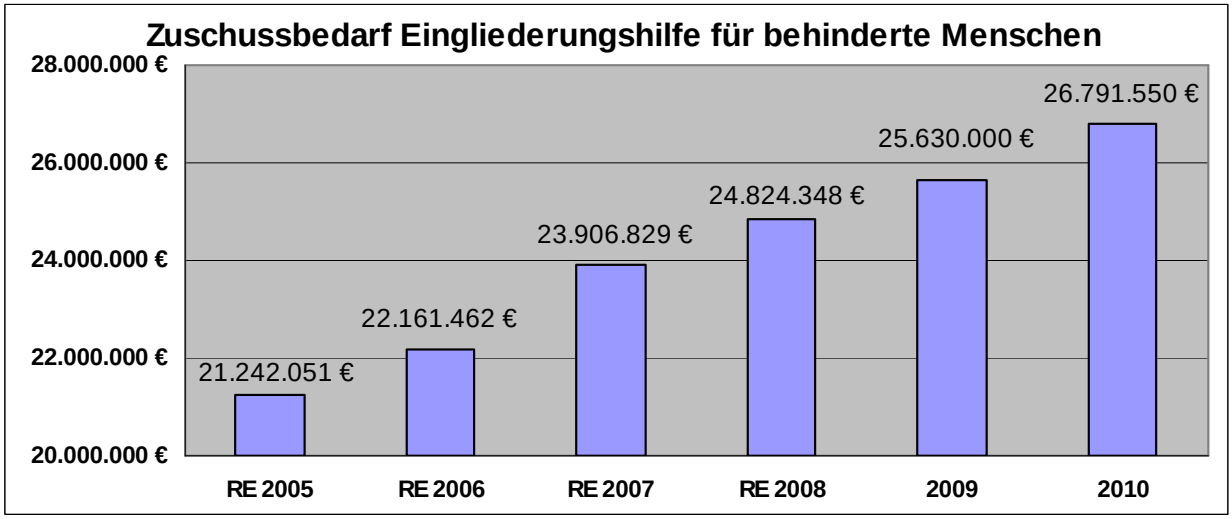
Wir bauen auf das Prinzip Hoffnung und haben den Haushaltsansatz auf Kante genäht. Reserven für eine Krise auf dem Arbeitsmarkt stecken nicht in diesem Haushalt. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Denn über dieses Risiko müssen sich alle Kreisräte bei der Verabschiedung des Haushalts bewusst sein.

Wir dürfen gespannt sein, was uns bei der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ins Haus steht. Ich kann Ihnen nicht sagen, was aus der ARGE wird. Zu viele Lösungsansätze aus allen Ecken der Bundes-, Landes und Kommunalpolitik wurden schon erwogen und wieder verworfen. Zur Erinnerung: Die Arbeitsgemeinschaften sind verfassungswidrig. Die Politik weiß das seit Dezember 2007. Die Neuorganisation muss zum 31.12.2010 umgesetzt sein. Es ist allerhöchste Zeit, dass die Politik entscheidet. Sonst braucht sich später niemand zu wundern, wenn die Neuorganisation nicht gleich funktioniert, weil alles unter Zeitdruck umgesetzt werden muss. Wir sind gespannt, was bei den Koalitionsverhandlungen herauskommen wird.

Meine Damen und Herren, die ARGE funktioniert bei uns sehr gut, was maßgeblich an den handelnden Personen liegt. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass die Aufgabe insgesamt bei den Kommunen besser aufgehoben wäre.

Nun zur Eingliederungshilfe. Landesweit sind viele Einrichtungen auf einen neuen Tarifvertrag für ihr Personal umgestiegen. Entsprechende Entgelterhöhungen waren in 2009 die unausweichliche Folge. Dies führt zusammen mit steigenden Fallzahlen in diesem Jahr zu überplanmäßigen Ausgaben. Wenn nichts mehr dazwischen kommt, können diese durch Weniger-Ausgaben und Mehr-Einnahmen in anderen Bereichen abgefangen werden. Wir müssen damit rechnen, dass sich die Entgelte auf Grund weiterer Tarifsteigerungen auch im Jahr 2010 nochmals erhöhen werden. Und wir müssen uns auf weiter steigende Fallzahlen einstellen.

Wir mussten deshalb für die Eingliederungshilfe einen Zuschussbedarf von insgesamt fast 26,8 Mio. Euro einplanen. Das ist erneut eine Steigerung um knapp 1,2 Mio. Euro und entspricht 4,5 Prozent. Seit dem Übergang dieser Aufgabe vom damaligen Landeswohlfahrtsverband auf die Landkreise beträgt der Zuwachs im Landkreis Schwäbisch Hall nun 5,5 Mio. Euro. Das sind 26,1 Prozent. Längst fällige strukturelle Veränderungen der Behindertenhilfe müssen auf den Weg gebracht werden und eine finanzielle Beteiligung des Bundes ist darüber hinaus unerlässlich.



Der Kommunalverband für Jugend und Soziales erhebt und vergleicht seit 2005 verschiedene Kennzahlen der Eingliederungshilfe aus den 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg. Danach bewegen wir uns auch im Jahr 2008 mit den jährlichen Kosten pro Fall von 20.368 Euro knapp unter dem Landesdurchschnitt von 20.443 Euro. Nach wie vor haben wir aber die zweithöchsten Ausgaben pro Einwohner, bei uns 140 Euro, landesweit nur 106 Euro. Das lässt auf eine hohe Falldichte schließen.

Im Jahr 2010 werden wir im Rahmen einer ausführlichen Sozialberichterstattung die Fallzahlenentwicklung bei den einzelnen Maßnahmen transparent machen. Im Zuge der Sozialplanung werden wir uns mit den Leistungserbringern an einen Tisch setzen, um Konzepte für die Zukunft zu entwickeln und den Bedarf hierfür einzuschätzen. Ein Thema, für das die Leistungsträger bereits Interesse signalisiert haben, ist die Flexibilisierung des ambulant betreuten Wohnens.

Das Wohnheim für geistig behinderte Senioren in Ilshofen ist unter Dach und Fach. Die notwendigen Vereinbarungen mit den Pflegekassen und der LWV-Eingliederungshilfe sind getroffen. Die Belegung ist angelaufen und die Leistungen der Eingliederungshilfe sind rechtssicher vereinbart.

Die ganze Diskussion um die neue Einrichtung in Ilshofen wäre nicht entstanden, wenn der Gesetzgeber endlich anerkennen würde, dass auch in Behinderteneinrichtungen bei entsprechender Einstufung Pflege erbracht wird, für die es die volle Leistung der Pflegekasse geben muss. Diese Forderung erhebe ich auch mit

Blick auf die vom Landkreis erbrachten Vorleistungen. Immerhin übernehmen wir für jeden behinderten Menschen, der in einer Werkstatt beschäftigt ist, über viele Jahre hinweg die Beiträge zur Sozialversicherung, also auch für die Pflegeversicherung, nach einem fiktiv hochgerechneten Einkommen. Ich appelliere an die neue Bundesregierung, hier unverzüglich für Klarheit zu sorgen.

Meine Damen und Herren,

Wir haben auch im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Bundesweit stieg die Zahl der Leistungsbezieher von 2005 bis 2007 um rund 16 Prozent. Im Landkreis Schwäbisch Hall waren es 13,4 Prozent. Hält der Trend an, werden Ende 2010 rund 1.400 Personen und damit 300 mehr als im Jahr 2005 diese Leistung erhalten. Mit ursächlich ist, dass Menschen aus Hartz IV herausfallen, weil sie die Altersgrenze erreichen oder ihre volle Erwerbsminderung festgestellt wird.

Eine starke Zunahme bei der Hilfe zur Pflege beobachten wir derzeit noch nicht. Viele Menschen sind noch in der Lage, die Pflege selbst zu bezahlen. Allerdings wird die demografische Entwicklung diese Situation in den nächsten Jahren gravierend verändern. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2030 voraussichtlich um rund 54 Prozent zunehmen. Der mit 45 Prozent derzeit noch recht hohe Anteil an häuslicher Pflege wird als Folge der Veränderungen in den Familienstrukturen deutlich zurückgehen und die Inanspruchnahme professioneller Einrichtungen zunehmen. Im Landkreis Schwäbisch

Hall erhielten im Jahr 2005 rund 24 von 1.000 Einwohnern Leistungen der Pflegekasse für häusliche oder stationäre Pflege. Schon bis 2020 wird sich dieser Anteil voraussichtlich um 34,6 Prozent erhöhen. Damit wird die Dimension der demografischen Entwicklung deutlich.

Eine große Zukunftsaufgabe sehe ich im Miteinander der Generationen. Das Lokale Bündnis für Familie hat sich dieses Thema zueigen gemacht. Wichtig ist für mich an dieser Stelle, dass die Verbindung zwischen Jung und Alt durch konkrete Handlungsansätze hergestellt und weiterentwickelt wird. Dann kann dies für beide Seiten ein großer Gewinn sein. Solche Netzwerke müssen aber vor Ort entstehen und sich an den jeweiligen Bedürfnissen in den Städten und Gemeinden ausrichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

jetzt komme ich zu einem sensiblen Thema, das differenziert zu diskutieren ist. Das sind die Zuschüsse an verschiedene Träger der freien Wohlfahrtspflege. Es gab bei den Haushaltsberatungen 2009 heftige Diskussionen und im Vorfeld sogar öffentliche Veranstaltungen.

Tatsache ist, dass die finanziellen Spielräume der Kommunen immer enger werden. Wir würden deshalb unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn wir freiwillige Leistungen nicht immer wieder auf den Prüfstand stellen würden. Wir haben dabei den Auftrag des Kreistags ernst genommen und unsere Hausaufgaben gemacht.

Was ist an Zuschüssen und Freiwilligkeitsleistungen im Haushaltsplanentwurf 2010 wieder enthalten?

Wir wollen zunächst den sozialpsychiatrischen Dienst weiterhin mitfinanzieren und zwar unverändert mit rund 62.000 Euro. Das ist weit mehr, als die für den Landeszuschuss erforderliche Ko-Finanzierung.

Wir investieren weiterhin rund 175.000 Euro in die offenen Hilfen für behinderte Menschen, besser bekannt unter dem Stichwort familienentlastende Dienste. Wir wissen, dass so Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft verwirklicht und eine Entlastung Angehöriger erreicht wird.

Wir haben weiterhin rund 160.000 Euro für die Finanzierung der Fachberatungsstelle für Wohnungslose der Erlacher Höhe und den Tagestreff Schuppachburg in den Haushalt eingestellt. Allerdings soll das Jahr 2010 dazu genutzt werden, die Aufgaben und den künftigen Bedarf zusammen mit der Erlacher Höhe zu analysieren.

Die Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt bleibt erhalten. Der Diakonie-Verband wird diese künftig aus Eigenmitteln finanzieren. Dadurch erhöht sich allerdings der vom Landkreis zu tragende Abmangel bei der Suchtberatung.

Kreisseniorenrat, Demenz-Gruppen und ehrenamtliche Schuldnerbegleitung werden im bisherigen Umfang weiterhin gefördert.

Den allgemeinen Finanzierungszuschuss für Pro Familia in Höhe von 15.000 Euro haben wir in den Haushalt 2010 nicht mehr eingestellt. Der Verein ist hiervon unterrichtet. Im Gegenzug haben wir

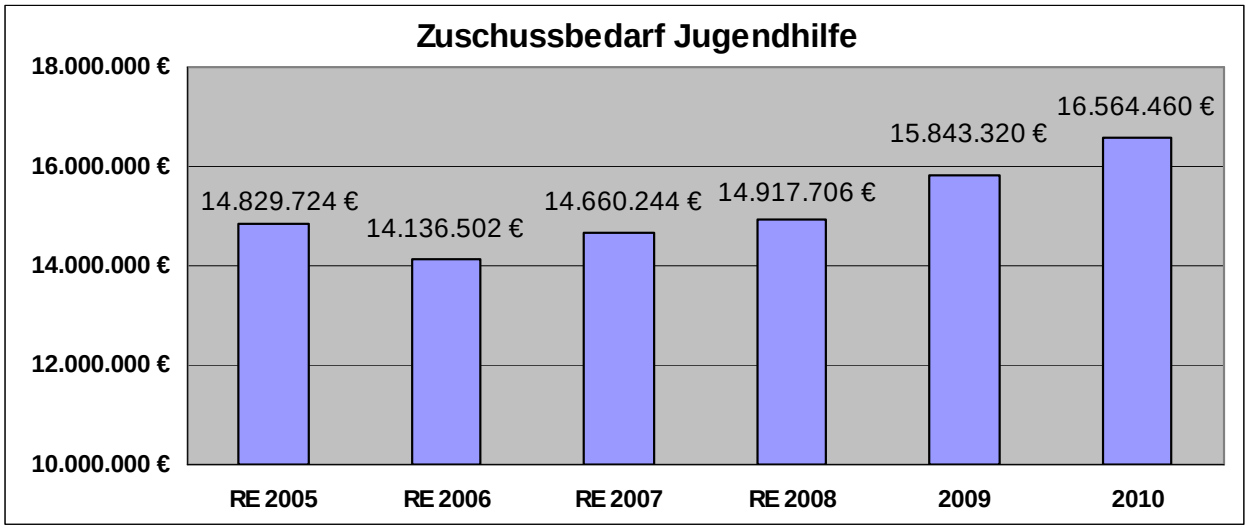
dem Verein angeboten, ganz konkrete Leistungen einzukaufen. Darüber werden wir verhandeln.

Auch den Zuschuss von 60.000 Euro für die Mobilen Dienste der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes und der Diakoniestation Blaufelden haben wir nicht mehr in den Haushalt eingestellt. Die Dienste sind hiervon unterrichtet. Wir haben umfangreiche Erhebungen durchgeführt und festgestellt, dass eine flächendeckende Versorgung vorhanden ist. Es kommt hinzu, dass auch andere kirchliche Sozialstationen ohne einen Kreiszuschuss entlegene Ortsteile abdecken. Es ist möglich, das Kreisgebiet so einzuteilen, dass unwirtschaftliche weite Strecken vermeidbar sind. Ein Zuschuss an einige wenige Dienste ist Wettbewerbsverzerrung.

Meine Damen und Herren,

nicht das sogenannte „Gießkannenprinzip“ ist sozial, sondern die passgenaue Hilfe für Bedürftige im Einzelfall. Wenn also Menschen in unserem Landkreis die Dienste nicht bezahlen könnten, prüfen wir selbstverständlich, ob Sozialhilfeleistungen in Betracht kommen.

Wir werden im Sozialbereich über 86 Mio. Euro im Jahr 2010 ausgeben. Das sind 43 Prozent der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes. Das kann ich nicht einfach kurz abhandeln oder als gegeben hinnehmen. Deshalb gehe ich jetzt auf die Jugendhilfe ein. Leider muss ich auch hier über steigende Ausgaben berichten.



Wir rechnen 2010 mit einem Zuschussbedarf von über 16,5 Mio. Euro. Das sind knapp 800.000 Euro oder 5 Prozent mehr als der Planansatz 2009. Die Gründe dafür sind:

- **Die Zahl der jungen Mütter, die mit ihren Kindern eine Hilfe in einer <u>Mutter-Kind-Einrichtung</u> benötigen, nimmt nach wie vor zu.**

- **Die Ausgaben für die <u>Kindertagesbetreuung</u> steigen weiter kontinuierlich an. Dies liegt zum einen an der steigenden Zahl der Eltern, die auf eine Tagesbetreuung für ihre Kinder angewiesen sind, die Kosten jedoch nicht selbst bezahlen können. Änderungen der Bundesgesetzgebung sorgen für eine bessere Bezahlung der Tagespflegepersonen und schreiben eine geringere Beteiligung der Eltern an den Kosten der Tagespflege vor.**

  Trotz dieser finanziellen Mehrbelastungen wollen wir die Kindertagespflege in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Der

Landkreis hat als einer von 160 Standorten in Deutschland den Zuschlag für das Bundesprojekt „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ erhalten. Die Kindertagespflege wird damit neben den Tageseinrichtungen für Kinder die zweite große Säule für die Kinderbetreuung im Landkreis.

- **In der Haushaltsrede des letzten Jahres hatte ich darauf hingewiesen, dass eine zunehmende Zahl von Kindern bereits im Kindergarten oder in der Schule wegen einer drohenden seelischen Behinderung Eingliederungshilfe im Rahmen der Jugendhilfe benötigen. Dieser Trend setzt sich leider fort. Die Zahl der seelisch behinderten Kinder, die Jugendhilfe brauchen, nimmt ständig zu. Ansteigend ist auch die Zahl der Kinder, die in besonderen Behinderteneinrichtungen - mit den entsprechenden Kostenfolgen - aufgenommen werden müssen.**

Seit Jahren verfolgen wir in der Jugendhilfe eine konsequente Hilfeplanung und handeln nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“. Natürlich wird dabei immer der Wunsch und das Wahlrecht der Eltern berücksichtigt. Ein Beleg dafür, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, ist der Haushaltsansatz bei den Hilfen zur Erziehung. Dieser wurde gegenüber dem Vorjahr unverändert belassen. Es ist ein Erfolg, dass wir bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung nicht mehr mit Kostensteigerungen rechnen müssen. Dazu haben die konstruktiven und vertrauensvollen Verhandlungen mit den freien Trägern wesentlich beigetragen.

Der Landkreis will auch im kommenden Jahr die Schulsozialarbeit zusammen mit den Städten und Gemeinden finanzieren. Wir werden auf diesem Feld der Jugendhilfe in Zukunft noch mehr tun müssen. Leider beteiligt sich das Land nicht an der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit. Ich sage es deutlich: Angesichts der schrecklichen Geschehnisse an mehreren Schulen wird das Land seiner Mitverantwortung für die Schulsozialarbeit nicht gerecht. Für dieses wichtige präventive Hilfsangebot an den Schulen dürfen nicht nur die Schulträger verantwortlich gemacht werden. Das Land regelt auch sonst den Schulbetrieb. Nur für die Schulsozialarbeit soll das nicht gelten. Das geht so nicht. Das Land muss mit ins Boot.

In diesem Jahr wurden im Jugendamt zwei zusätzliche Stellen für einen Fachdienst Kinderschutz geschaffen. Hier geht es darum, jedem Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung so schnell wie möglich nachzugehen und damit sofort und unmittelbar auf eine Gefahrensituation zu reagieren. In diesem Zusammenhang ist auch das Projekt „Kimi – Kinder im Mittelpunkt“ zu nennen. Dieses Projekt wird von Trägern der freien Jugendhilfe durchgeführt und wesentlich vom Landkreis finanziert. Schwangeren Frauen und jungen Müttern mit ihren Kindern soll Unterstützung gegeben werden.

Meine Damen und Herren,
mit den vielseitigen Aktivitäten und Projektförderungen unserer Landkreis Schwäbisch Hall-Stiftung setzen wir zahlreiche positive Signale, um bereits vorhandene Kräfte sowohl zu bündeln als auch zu stärken. Diese Stiftung ist aus unserem Landkreis nicht mehr wegzudenken. Stolze 44 Projekte, die alle in vorbildlicher Weise das

ehrenamtliche Engagement im Landkreis unterstützen, konnten wir bisher unterstützen. Wir werden darüber im kommenden Jahr wieder im Verwaltungs- und Finanzausschuss einen Bericht vorlegen.

Nun zu den <u>Schulen</u>:

Der Landkreis hat in den letzten Jahren sehr viel Geld in die Erweiterung und Sanierung der beiden Berufsschulzentren in Schwäbisch Hall und in Crailsheim investiert. Gleichzeitig erhielten alle Schulen eine fachspezifische, moderne und zukunftsträchtige Ausstattung in den Fachräumen. An dieser Stelle danke ich nochmals dem Kreistag sehr herzlich. Dieser hat alles unterstützt, was in den Schulen notwendig war, um unsere jungen Menschen optimal auf die berufliche Zukunft vorzubereiten. Das wird mir immer wieder von den Schulleiterinnen und Schulleitern dankbar bestätigt. Es wird auch anerkannt, dass alle Bemühungen der Schulen unterstützt werden, neue und auf die Erfordernisse der Zukunft ausgerichtete Schularten einzuführen sowie das Bildungsangebot der schon bestehenden Berufsschulen zu erweitern und weiter zu verbessern. Jüngste Beispiele sind das Berufseinstiegsjahr für Hauptschüler, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und das Sozialwissenschaftliche Gymnasium an der Eugen-Grimminger-Schule in Crailsheim.

Die Schulleitungen prüfen derzeit die Empfehlungen des Expertenkreises, der nach dem Amoklauf in Winnenden von der Landesregierung eingesetzt wurde. Wir werden uns dann gemeinsam zusammensetzen um festzulegen, welche Maßnahmen an unseren Schulen umgesetzt werden sollen. In einer ersten Einschätzung bin ich mit den Schulleitungen einig: Wir wollen unsere Schulen nicht

zu Festungen ausbauen. Wichtig ist die Beobachtung, Aufmerksamkeit und Früherkennung an den Schulen, die sogenannte „Kultur des Hinschauens“. Auf dringenden Wunsch der Schulleiterin und der Schulleiter soll deshalb im Berufsschulzentrum Crailsheim die Jugendberufshilfe um eine zweite Personalstelle aufgestockt werden. Das Kolping-Bildungswerk hat dazu eine Projektförderung aus dem Europäischen Sozialfonds beantragt. Die kommunale Ko-Finanzierung aus dem Kreishaushalt beträgt 20.000 Euro. Den drei beruflichen Schulen war das Projekt so wichtig, dass sie sich zur hälftigen Beteiligung aus dem Schuletat bereit erklärt haben. Das unterstreicht die Dringlichkeit und Bedeutung der Jugendberufshilfe und ist gleichzeitig ein schönes Beispiel, wie die Schulleiter die mit der Budgetierung verbundene finanzielle Mitverantwortung annehmen.

Gerne, meine Damen und Herren, würde ich Ihnen zur Werkrealschule heute Genaueres sagen. Wir wissen aber leider auch nicht viel mehr als in der Zeitung steht. Die Werkrealschüler sollen künftig in der 10. Klasse zwei Tage in den Berufsschulen unterrichtet werden. Die ersten Schüler kommen im Jahr 2012. Bis dahin soll geklärt werden, wie viele Schüler das sein werden und welche Fachklassen gebildet werden müssen, welchen Anteil an den Sachkostenbeiträgen der Landkreis erhält und wie die Schülerbeförderung organisiert und finanziert werden kann. Dieses Thema, meine Damen und Herren Kreisräte, wird Sie in nächster Zeit im Kreistag noch mehrmals beschäftigen und ich fürchte, viel Freude wird es Ihnen nicht bereiten.

Mit dem Kreisverkehr haben wir einen gut funktionierenden Verkehrsverbund für Bus und Bahn im Landkreis Schwäbisch Hall geschaffen. Die Zusammenarbeit zwischen den Busunternehmen, der DB Regio und dem Landkreis wird von allen Beteiligten gelobt.

Ein Ärgernis ist und bleibt der Schienenpersonennahverkehr der Bahn. Nach vielen Jahren konnte endlich erreicht werden, dass das Nadelöhr Bahnhof Fornsbach zweigleisig ausgebaut wird und damit die Fahrzeiten von und nach Stuttgart verkürzt werden können.
Ich hätte es mir früher als erst 2012 gewünscht, aber immerhin der Ausbau kommt. Die Fahrzeiten reduzieren sich dadurch spürbar. Das Ziel - 60 Minuten Fahrzeit zwischen Stuttgart und Hessental - wird aber immer noch nicht erreicht.

Keine positiven Signale gibt es für die längst überfällige Modernisierung der Bahnhöfe und für das Zugmaterial auf der Murrbahn. Was die Bahn ihrer Kundschaft zumutet, ist unglaublich und passt überhaupt nicht zu dem modernen Unternehmen, das wir aus der Werbung kennen. Ich danke unseren Herren Landtagsabgeordneten und dem Landkreis Ansbach, dass wir gemeinsam immer wieder auf diese nicht länger hinnehmbare Unterversorgung hinweisen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Hier haben wir es leider mit einem ganz harten Felsbrocken zu tun.

Optimistischer bin ich bei der Tauberbahn. Das Mobilitätsgutachten für das nordöstliche Kreisgebiet ist in Arbeit. Die Aufnahme in das Modellprojekt EULE ist eine Chance. Für die Umsetzung innovativer Ideen winken Fördermittel von Land und EU. Es wird sich aber auch die Frage der Ko-Finanzierung stellen. Im Kreishaushalt wurden da-

für noch keine Mittel eingestellt. Der Landkreis und die Gemeinden bleiben aber in einem Boot. Alle Maßnahmen sollen wie bisher im gemeinsamen Arbeitskreis abgestimmt werden. Im Kreistag werden wir uns mit dem Thema voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2010 beschäftigen können.

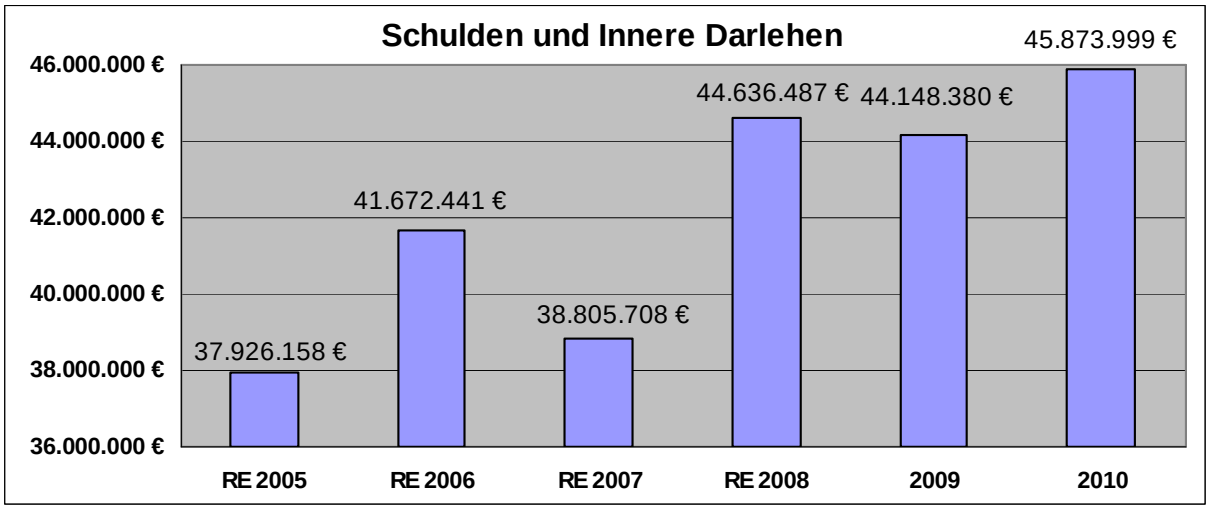
Froh, meine Damen und Herren, bin ich, dass der Müll nicht mehr das große Thema in der Öffentlichkeit ist. Das Ident-System hat sich nach Anlaufschwierigkeiten bewährt und ermöglicht dem Kreistag, heute eine Gebührensenkung beschließen zu können. Das ist wirklich eine erfreuliche Nachricht.

Die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes wird eine Schwerpunktaufgabe in dieser Legislaturperiode des Kreistags sein.

Meine Damen und Herren,
die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die globalisierte Welt zurückgeworfen. Die Zukunft ist ungewisser als noch vor zwei Jahren, als die Konjunktur brummte und die Steuern sprudelten. Diese schlechter gewordenen Rahmenbedingungen müssen wir so hinnehmen. Wir sind aber in unserem Landkreis gut aufgestellt, um die Zukunftsaufgaben gemeinsam zu meistern:

- **Wir sitzen noch nicht in der <u>Schuldenfalle</u>. Die Netto-Schuld-Aufnahme in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro halte ich aufgrund der Zukunftsinvestitionen in den Schulen, Sportstätten und für den Straßenbau für vertretbar. Mit 242 Euro Schulden pro Kreiseinwohner tragen wir einen noch überschaubaren Teil**

zur Staatsverschuldung bei. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes, der Länder und aller Kommunen in Deutschland beträgt aktuell rund 20.000 Euro und steigt und steigt. Das muss uns große Sorgen machen. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass jeder Euro Schulden eine Belastung für die nächsten Generationen ist und wir uns mit dem Schuldendienst den Spielraum für die künftigen Haushalte verringern. Deshalb muss der Schuldenabbau wieder Vorrang haben, sobald uns die Konjunktur und die Steuereinnahmen das wieder möglich machen.



- **Ein ganz großes Problem waren in den vergangenen Jahren unsere <u>Krankenhäuser</u>. In den letzten fünf Jahren mussten wir über 12 Mio. Euro Verluste der Krankenhäuser ausgleichen. Diese Belastung für den Kreishaushalt ist nun weggefallen. Die Gesundheitsholding schreibt schwarze Zahlen und tut alles, damit das so bleibt.**

Wie Sie alle wissen, sind die Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser aufgrund der Gesundheitspolitik und aufgrund allgemeiner Kostenentwicklungen äußerst schwierig. Wir haben uns intensiv mit Lösungen beschäftigt und gemeinsam mit unserem Partner DIAK das Maximale erreicht, was realistisch machbar war. Und jetzt gilt es, auf diesem Weg die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern und den Blick nach vorne zu richten, um gemeinsam mit dem DIAK unsere Krankenhäuser bestmöglich und an den Bedürfnissen der Patienten orientiert, weiter zu entwickeln.

Wir werden Ihnen im nächsten Jahr im Kreistag die Bauplanungen für das Kreiskrankenhaus Crailsheim vorlegen. Die bauliche Entwicklung der Krankenhausstandorte Crailsheim und Schwäbisch Hall ist für mich das Zukunftsthema.

- **Die langfristige Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes zeigt, dass wir nicht nur enorm aufgeholt haben, sondern unsere jungen und familiengeführten Unternehmen auch sehr stabil sind. Das beweist mit aktuell 4,7 Prozent der zweite Platz im Ranking der Arbeitsagenturen in Baden-Württemberg und Platz 19 in Deutschland.**

- **Mit der Einweihung der Außenstelle der Hochschule Heilbronn in Schwäbisch Hall wird im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Abwanderung junger und leistungsbereiter Menschen aus diesem Landkreis vorgebeugt. Wir brauchen einen gut ausgebauten Hochschulstandort im Landkreis, um unsere Betriebe mit qualifiziertem Nachwuchs zu versorgen.**

Jetzt wurde Realität, wofür die Stadt Schwäbisch Hall und Landkreis sowie zahlreiche Unternehmen lange gekämpft und erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ich danke nochmals dem Kreistag, dass er eine Beteiligung des Landkreises am Campus Schwäbisch Hall mit insgesamt 1,5 Mio. Euro beschlossen hat.

- **Noch etwas stimmt mich sehr zuversichtlich. Wir haben uns die Schönheit unserer Landschaft erhalten. Die hohe Lebensqualität in unserem Landkreis ist ein charakteristischer Faktor und ein großer Standortvorteil. Viele haben es zu einem Wohlstand gebracht, von dem in der jetzt angebrochenen schwereren Zeit gezehrt werden kann. Wir haben deshalb keinen Grund zum Jammern, sondern können stolz auf alles sein, was bisher in unseren Gemeinden, im Landkreis und von allen hier lebenden und arbeitenden Menschen erreicht wurde. Mit dieser Einstellung werden wir die Folgen und Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise meistern und im Ranking der Regionen weiter zulegen.**

  Henry Ford sagte einmal: „Es hängt von dir selbst ab, ob du das neue Jahr als Bremse oder als Motor nutzen willst“. In diesem Sinne sollten wir alle mit Zuversicht die vor uns liegenden Aufgaben als Herausforderungen und Chancen begreifen und sie nutzen, um gemeinsam die positive Weiterentwicklung in unserem schönen Landkreis aktiv zu gestalten.

Meine Damen und Herren,

ich spreche den 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, in unseren Schulen, in den Straßenmeistereien und Schlachthöfen, beim Forst und auf den Wertstoffhöfen, meine Anerkennung und meinen Dank für die gute Arbeit und das angenehme Miteinander aus. Besonderer Dank gebührt dem Personalrat, mit dem ich immer vertrauensvoll und gut zusammenarbeite. Ich bedanke mich auch bei den Beschäftigten unserer Krankenhäuser, die jetzt in der Gesundheitsholding unter einem Dach mit dem DIAK zusammenarbeiten. In Zeiten wie diesen sind wir immer wieder zu Veränderungen gezwungen. Ich bin froh, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Notwendigkeit von Veränderungsprozessen erkennen und wir immer wieder gemeinsame Lösungen und Wege zusammen mit den Personalvertretungen finden.

Ich danke auch Ihnen, den Mitgliedern dieses Kreistags, der als Hauptorgan diesen schönen Landkreis lenkt und führt. Ein nicht nur ausgeglichener, sondern auch ausgewogener Kreishaushalt ist ein gutes Zeichen unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit im Gremium und einer guten Partnerschaft mit unseren Gemeinden. Das bewährt sich immer wieder, und ganz besonders in schwierigen Zeiten.

Mir ist bewusst, dass die Aufmerksamkeit bei einer langen Haushaltsrede nachlässt und es schwierig ist, die vielen Zahlen sofort zu erfassen und zu bewerten. Deshalb wird Ihnen Herr Schmidt im Anschluss noch einige Eckdaten des Haushalts und deren Entwicklung mit dem Ranking im Regierungsbezirk aufzeigen.

Abschließend danke ich allen, die beim Ausarbeiten dieses umfangreichen Haushaltsplanes mitgearbeitet haben:

Dem Finanzdezernenten, Herrn Schmidt, und seiner rechten Hand in der Kreiskämmerei, Herrn Kauk, den Dezernenten, Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie allen anderen an der Erstellung des Haushaltsplans beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich wünsche uns allen gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.